

hischen Volksteil und seiner parlamentarischen Vertretung immer mehr anerkannt wird.

Unberücksichtigt sind unsere Nationalliberalen. Der „Nann. Cour.“ greift das längst widerlegte Märchen von der Verhandlung des Staatssekretärs Grafen Poladovsky mit den Zentrumsgewählten nach und nach in etwas veränderter Form wieder auf und knüpft daran die neue Unterstellung, Reichsgerichtsrat Spahn trage sich mit der Absicht, Nachfolger des preussischen Justizministers Schönstedt zu werden, und er selbst scheinbar seine Aussichten für günstig zu halten. Das begeistert das liberale Blatt zu folgenden Exclamationen: „Ein preussischer Justizminister, dessen Parteifreunde in Süddeutschland Wahlkompromisse mit den Sozialdemokraten gegen die Nationalliberalen geschlossen haben (eine freche Lüge, im Gegenteil haben viele Liberale für die Sozialdemokraten gestimmt, das Zentrum aber hat den Nationalliberalen die Wahlkreise Wiesbaden, Offenbach, Hanau, Friedberg, Bensheim und andere gerettet!) — dann würde nur noch ein Jesuit als Kultusminister und ein Sozialdemokrat als Minister des Innern fehlen! Die Welt wird schon mit jedem Tag, man weiß nicht, was noch werden mag.“ Ja, die Liberalen werden verdrängt mit jedem Tag, man weiß nicht, was noch werden mag. Wir würden dem blödsinnigen Geschreibsel zuviel Ehre antun, wenn wir es ernsthaft widerlegen wollten. Nur auf die echt nationalliberale Annahme und Unzulässigkeit wollten wir hinweisen, mit der hier die vorgepiegelte Ernennung auch nur eines einzigen katholischen Parlamentariers zum Minister als eine Ungehörlichkeit behandelt wird, während die Liberalen natürlich allein das Patent der Regierungsfähigkeit zu besitzen glauben.

Graf Doensbroech bringt jetzt in der Zeitschrift „Deutschland“ seinen angeblichen Beweis gegen Abg. Dörsch für seine Behauptung, daß in jesuitischen Schriften der Grundlay vertreten werde, der Zweck heilige die Mittel. Er erklärt zum Schluß, daß er die von Dörsch ausgelobten 2000 Gulden jetzt einklagen werde. So werden denn, meint er, preussische Richter unter Zugrundelegung des § 557 des Bürgerlichen Gesetzbuches das endgültige Urteil fällen, ob der Grundlay: der Zweck heiligt die Mittel, ein jesuitischer Grundlay ist oder nicht. Bei Graf Doensbroech muß eine geradezu end- und heillose Verwirrung herrschen: Wie bekannt, hat Graf Doensbroech selbst gefordert, daß ein Schiedsgericht darüber entscheide, ob ihm sein Beweis gelungen sei, er selbst hat sogar den Charakter desselben bestimmen wollen. Jetzt plötzlich läßt er das Schiedsgericht fallen und will ein Urteil eines Landgerichts auf Grund des Bürgerl. Gesetzbuches herbeiführen. Der Herr Graf ist wohl inzwischen zur Erkenntnis gekommen, daß das Schiedsgericht nie und nimmer zu seinen Gunsten entscheiden könnte! Mag er es also vor einem Landgericht versuchen, auch dort wird er zweifellos unterliegen. Er selbst wäre ja der nächstliegende Zeuge, um Zeugnis zu geben gegen die Behauptung, die er beweisen will, da er ja selbst in seinem Schreiben vom 10. Mai d. J. sagt, es könne nicht davon die Rede sein, daß alle und jede in sich verwerfliche Handlungen von den Jesuiten als erlaubt bezeichnet würden, wenn sie zu einem guten Zweck dienen.

Die liberale Presse ist auf das Zentrum ergründet, weil es manchen liberalen Kandidaten in Stich gelassen hat. Die „National-Ztg.“ verlangt daher von den nationalliberalen Abgeordneten, daß sie im Reichstage noch vielmehr als bisher den „Ultramontanismus“ bekämpfen sollen. Dabei muß das liberale Blatt doch zugestehen, daß die Nationalliberalen im Reichstag fast immer mit dem Zentrum gehen müssen! Wie sollen sie dann aber den „Ultramontanismus“ bekämpfen? Woß durch domnende Reden? Die werden uns herzlich wenig imponieren! Die „National-Ztg.“ hat offenbar wenig Verständnis von den Gründen, welche das Zentrum bewegen hat, den Liberalen in einzelnen Wahlkreisen die Hilfe zu verweigern. Zweifellos wären die Erfolge der Umsturzpartei erheblich geringer gewesen, wenn nicht — teils infolge des Vordrängens der blindwütigen Jungliberalen, teils infolge der konfessionellen Verbeugung durch nicht minder blindwütige protestantische Pastoren — in zahlreichen Wahlkreisen ein verböhrtcs Kulturkämpferium ein Zusammengehen des Zentrums mit den Liberalen unmöglich gemacht hätte. Hätten die Nationalliberalen den Wahlkampf nicht einseitig auf die Konfessionsfrage gestellt, so hätten sie weder Votum noch Mündchen zu verlieren brauchen, ebensowenig wie dann das Zentrum Mainz und die Anwartschaft auf Gmünd-Wöppingen verloren hätte; Karlsruhe aber, ferner Mannheim, Pforzheim u. a. hätten den Sozialdemokraten entziffen werden können, wenn die Liberalen etwas mehr Verstand gezeigt hätten, und fast überall hätten gerade sie den Vorteil davon gehabt. Statt nun ihre Fehler einzusehen, blasen sie nach den Wahlen erst recht wieder in das Kulturkampfschorn, obwohl z. B. ein so geachteter nationalliberaler Politiker, wie der frühere Abgeordnete Dr. Haarmann, Bürgermeister von Witten, seine Parteigenossen ausdrücklich davor gewarnt und ihnen das Fehlerhafte ihrer Hege gegen die katholischen Witzbürger vorgehalten hat. Die Leutchen lernen selbst aus der traurigen Erfahrung nichts.

Von den National-Sozialen. Pfarrer Raumann schreibt in der national-sozialen Wochenchrift „Die Zeit“: „Wir National-Sozialen kommen als geschlagene Truppe aus dem Kampf zurück. Einer von uns ist in Stichwahl, Herr v. Gerlach in Warburg; wir anderen aber sind auch dieses Mal nicht bis zur Schwelle des Reichstages gelangt.“ Wir sind, so heißt es weiter, nicht unterlegen, weil es an Geld oder Mitteln gemangelt hätte. Alles, was wir brauchten, war da. Wenn trotzdem die Niederlage erfolgt sei, so bedeute das, „wir sind nicht in den Händen, die neue Partei zu begründen“. Raumann sagt weiter, es müsse ein Delegiertentag einberufen werden, dessen einziger Verhandlungsgegenstand sei: „Was tun wir, nachdem klar geworden ist, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht parteibildend auftreten können?“

Aus Gildesheim. Die protestantischen Kandidaten, ob Blindler oder nicht, haben hier den Zentrumskandidaten gewährt, obwohl es an Heyden nicht fehlte. Durch sein Reden hat es der liberale Kandidat mit den protestantischen Landbewohnern verdorben. Die katholische

Landbevölkerung hat teilweise geschlossen bis zu 100 Proz. den Zentrumskandidaten gewährt.

Aus der Pfalz. Der liberale Stichwahltag in Birnmasens ist durch sehr eigenartige Mittel herbeigeführt worden. Mittags veränderten Waueranschläge, der Sozialistenführer Keidel habe aus Kaiserlautern telephoniert, das Zentrum lasse die Sozialdemokraten im Stich, die Sozialdemokraten sollten als Antwort den Liberalen Leineweber wählen. Im Birnmasenser Anzeiger erklärt Keidel, an der Sache sei kein wahres Wort, es handle sich um eine Fälschung unter Mißbrauch seines Namens. Gleichzeitig erklärt Spigfaden, Mitglied des liberalen Wahlausschusses, er habe auf glaubwürdigste Information hin den Druck des Flugblattes zugelassen, an einer etwaigen Fälschung sei die Parteileitung unschuldig. Die Zentrumspartei wird die Wahl ansichten.

### Oesterreich-Ungarn.

Graf Khuen-Hedervary vermochte erst dann ein Ministerium zu bilden, nachdem er durch Preisgabe der Behrvorlage sich das Versprechen Kossuths erkauft hatte, die Obstruktion fallen zu lassen. Das Verhängnisvolle dieses Zurückweichens vor der Obstruktion zeigte sich alsbald: die wüsten Szenen des Obstruktionslärmes wiederholten sich trotz Kossuths Versprechen schon in der ersten Reichstagsitzung, in welcher Graf Khuen sich vorstellte. Seine Mitteilung, daß er die Behrvorlage einstweilen zurückziehe, entsetzte wegen dieses Wörtchens „erstweilen“ einen wahren Sturm der Entrüstung bei den Kossuthianern. Und Graf Khuen trat auch hier wieder den Rückzug an, indem er erklärte, er sei „mißverstanden“ worden. Vergebens! Eine Abstufung der Obstruktionspartei beschloß die Fortsetzung der Obstruktion, obwohl ihr Führer Kossuth selbst davor dringend warnte und, als dies umsonst war, den Vorschlag niederlegte und den Klub verließ, angeblich auf Nimmerwiedersehen. Die Unversöhnlichkeit haben gefiegt; der erste große Erfolg hat sie natürlich noch anmahnender und siegesgewisser gemacht. Mit der Behrvorlage ist auch der Kriegsminister Baron Szervary gefallen, der seit nahezu einem Menschenalter den verschiedenen liberalen Regierungen Ungarns angehörte. Aber auch sein österreichischer Kollege Baron Welfersheim will deswegen aus dem Amte scheiden. Was hat es ihm auch genützt, daß es ihm und Herrn v. Körber gelang, die Behrvorlage im österreichischen Reichsrat durchzusetzen? Nun war die ganze Arbeit umsonst! Aber nicht nur dies: der Erfolg der magyarischen Obstruktionsmänner hat auch die Tschechen benogen, ihre Obstruktion mit aller Kraft fortzusetzen, und dieses Scheitern der Versöhnungsversuche hat, wenn jene Wähler recht berichtet sind, Herrn v. Körber benogen, mit seinem ganzen Ministerium den Kaiser um seinen Abschied zu bitten. Man spricht allerdings von einer Neubildung des Ministeriums durch denselben Herrn v. Körber, und es muß daher abgewartet werden, was bei dieser „Schöpfung“ herauskommen wird. Aber nach den Zuständnissen, die den Ultra-Magyarern gemacht wurden, obwohl sie — wie die letzten Vorschläge in ungarischen Reichstage, sowie die neuen Forderungen der ungarischen Obstruktionisten (Einführung der magyarischen Aemessprache, Abschaffung der Nationalhymne „Gott erhalte Franz den Kaiser“ uim.) beweisen — offenbar vergeblich waren, darf man einstweilen nicht viel Gutes erwarten. Uebrigens hat die Lösung der Kräfte ja Zeit, da das Budgetprovisorium auf dem Wege des „Notstandsparagraphen“ 14. d. h. durch bloße kaiserliche Verordnung ohne Zustimmung des Parlaments um 6 Monate verlängert wurde.

### Frankreich.

Für den Empfang des italienischen Königs in Paris hat die französische Kammer einstimmig 600000 Fr. bewilligt, nachdem der Sozialist Pressensö die Dringlichkeit dafür beantragt hatte. So sehr fühlten sich die Sozialdemokraten in Frankreich als die eigentliche Regierungspartei, daß Sie sogar die Unkosten höfischer Feste — und das ist schließlich das Gepränge eines Monarchenbesuches — so dringlich als möglich den Steuerzahlern auferlegen zu müssen glauben. Offenbar wollen sie dadurch das Ministerium Combes befestigen, dessen Bestand durch die Abbrödelung mancher Radikalen — seine letzte Mehrheit für das Verbot aller weiblichen Kongregationen betrug nur 16 Stimmen einschließlich der Minister! — und durch die scharfe Kritik, die sein Vorgänger Waldeck-Roussieu im Senat an dem rechtswidrigen Vorgehen seines Nachfolgers übte, stark bebrocht erscheint. Bis zum Herbst wird zwar auch Herr Combes noch Galgenfrist haben, dann aber mag er sich auf schwere Proben seiner Autorität über die verschiedenen Glieder der bisherigen kirchenfeindlichen Mehrheit gefaßt machen.

Der am 22. d. Mts. in Paris zusammentretende große Unterrichtsrat wird sich mit der Frage der Säkularisierung der Ordensgeistlichen und Klosterschwestern zu beschäftigen haben. Mehrere Schulspektoren und Bürgermeister haben an den Unterrichtsminister das Ersuchen gerichtet, eine Anzahl von früheren Klosterschwestern zu schließen, da die Leiterinnen derselben Klosterschwestern seien, die lediglich die Ordensstracht abgelegt hätten.

### England.

König Eduard hat dem König von Serbien brieflich mitteilen lassen, er hoffe, daß es dem König Peter gelingen werde, das durch die letzten Geschehnisse geschädigte Ansehen Serbiens wieder herzustellen.

### Aus Stadt und Land.

Dresden, 2. Juli 1908.

Aus Sibyllenort wird uns mitgeteilt: Ihre Maj. die Königin-Witwe hat sich mit Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Karl Anton von Hohenzollern und in Begleitung der Hofdame Gräfin Reutter von Weyl und des Oberhofmeisters Wirklichen Geh. Rates von Malortie, Czeglény, sowie Sr. Eminenz des Kardinal Fürstbischöfs Dr. Kopp am 1. Juli nach Schloß Johannesberg begeben. Die Rückkehr nach Sibyllenort wird heute nachmittags erfolgen.

Zur Wahlrechtsreform in Sachsen nimmt jetzt Herr Landtagsabgeordneter Geh. Hofrat Opitz in den „Dresdn. Nachr.“ das Wort und lehnt eine Reform des Wahlrechtes ab. Unter anderem sagt er:

Wie meinen, in den gegenwärtigen Zeitläufen liegt näher als der Gedanke einer Abänderung des bestehenden Landtagswahlrechtes der andere Gedanke, daß wir uns in der Wahlreform geschaffenen Vollwertes, hinter dem wir bis auf weiteres die Entwicklung der Dinge abwarten können, freuen. Die Wahlreform scheidet uns in der Tat gegenwärtig vor einer Katastrophe, deren Größe nur die Freiwilligkeit gleichkommen könnte, mit der gewisse Elemente sie heraufzubeschwören beflissen sind.

Herr Opitz behauptet auch, das beschnittene Wahlrecht sei nicht an dem Resultat der sächsischen Reichstagswahlen schuld. Dieses sei vielmehr „auf ganz andere Umstände“ zurückzuführen, die Herr Opitz demnächst in den „Dresdn. Nachr.“ besprechen will. Ein Freund der Zeitungen und Politiker anderer als Opitzscher Couleur scheint der Verteidiger des verpöblichten Wahlrechtes nicht zu sein, wie aus folgendem hervorgeht. Er meint:

„Ohne das jetzige Wahlrecht würde Sachsen das Schauspiel eines solchen Ueandampfers geboten haben, auf dem sich der Wochsinnen und des Rompass eine Rote Literaten und Ideologen demächtigt, Literaten und Ideologen, die die Kessell mit ihren papiernen Weltbeglückungsprojekten heizen und den Kompost auf Volkentumfuchtsheim einstellen würden. Denn darüber kann doch kein halbwegs Vernünftiger im Zweifel sein und kein noch so großer Wahlerfolg hinwegtäuschen: eine Partei, die wie die sozialdemokratische einen Staat ohne staatliche Organisation, eine Wirtschaftsentwicklung ohne die wirtschaftliche Organisation des Privatkapitals anstrebt, ist von vornherein zu jeder positiven staatlichen Mitarbeit unfähig. Eine solche Lage würde unsrer engeren Vaterlande gewinkt haben.“

Daß Herr Opitz am liebsten eine Art patriarchalischer Despotie einiger Weniger, worunter er selbst, für Sachsen anstreben möchte, liegt auf der Hand. Er steht damit leider nicht vereinzelt da. Es giebt eben Leute, die sich nicht davon abbringen lassen, die Herde hinten am Nagel anzuhängen. Wir kommen auf die Angelegenheit zurück, sobald Herr Opitz seine „Gründe“ bezüglich des Resultates der Reichstagswahl veröffentlicht hat.

Genehmigt wurde, daß der Hofwirtschaftssekretär Steizner das goldene Verdienstkreuz des Großherzogs, Weimarerischen Hausordens vom weißen Falken, der Leihjäger Kaufmann das Allgemeine Ehrenzeichen in Gold und der Hausdiener Reig ein solches Allgemeine Ehrenzeichen in Silber tragen darf.

Ein Brief der Prinzessin Luise ist dem „Siebenlehner Wochenblatt“ zur Verfügung gestellt worden. Am Schluß desselben heißt es: „Ich bin meinem Vaten, dem Kronprinzen, zu aufrichtigem Dank verpflichtet, daß er meinen Wünschen und Bitten in so weitem Maße in edelmütiger und ritterlicher Weise entgegengekommen ist. Mein Töchterchen kann ich nun auf Jahre hinaus bei mir behalten, und auch die vermögensrechtliche Regelung meiner Verhältnisse wird nicht mehr auf Schwierigkeiten stoßen.“

Die Landtagswahlen im 1. und 4. Wahlkreis der Stadt Dresden stimmberchtigten Urwähler liegen vom 1. Juli bis mit 7. Juli für den 1. Wahlkreis im Stadthaus Am See 6, Erdgesch. — frühere 2. Bezirksschule — für den 4. Wahlkreis im Reichsstadter Rathaus, Hauptstr. 1. 1. Obergesch. und zwar an den Wochentagen vorm. von 9—1 Uhr und nachm. von 4—7 Uhr, am Sonntag den 5. Juli vorm. von 11—1 und nachm. von 4—6 Uhr zur Einsichtnahme der Beteiligten aus. Das Recht der Einsichtnahme für jeden Beteiligten ist auf die Verlegung beschränkt, von der eigenen Veranlagung und der Veranlagung derjenigen Personen Kenntnis zu nehmen, die dazu schriftliche Vollmacht erteilt haben.

Der kath. Bürgerverein Dresden erfreute sich Mittwoch Abend eines ganz besonders starken Besuches. Nach Beledigung einiger Vereinsangelegenheiten z. hieß Herr Kaplan Wodenburg einen hochinteressanten lebenswarmen Vortrag über die Stellung Christi in Kirche und Leben. Der Herr Kaplan wird aus dem großen Beifall entnommen haben, wie sehr er sich die Zuhörer durch seinen Vortrag verpflichtet hat.

Der kath. Volksverein in Lübtan veranstaltet am Sonntag den 12. d. M. in Gasthause „Bürgergarten“, Götterstr. Ecke Bernerstraße, ein großes Sommerfest verbunden mit Instrumental-Konzert. Für allerhand Belustigungen als das sind: Gabenlotterie, Pfefferkuchenverkostung, Ringwerfen, Preiswettrennen, Sponsoring u. ist reichlich Vorsehung getroffen. Der Anfang des Festes ist auf 3 Uhr festgesetzt. Das Eintrittsgeld beträgt 10 Pf. Am Montag Juni 1908 wurde das Hof für obdachlose Frauen und Kinder, Rosenstraße, von 532 Personen: 310 Frauen, 123 Mädchen, 13 Kindern darunter 10 Säuglinge benutzt. Gebadet haben 67 Personen. Seit dem Bestehen des Hofes ist darin 201 256 Obdachlose, darunter 34484 Mädchen, Aufnahme und Verpflegung unentgeltlich gewährt worden. Das zur unentgeltlichen freiwilligen Verpflegung unterhaltenen Bad wurde von diesen 34483 mal benutzt.

Zur Erleichterung des Besuchs der sächsischen und nordböhmischen Gebirgsgegend läßt die Staatseisenbahnverwaltung Sonntag, den 28. Juli d. J. einen Sonderzug zu ermäßigten Preisen von Dresden-Hauptbahnhof nach Jittau und zurück verkehren. Der Zug wird am genannten Tage 5 Uhr 15 Min. vorm. von Dresden-Hauptbahnhof, 5 Uhr 20 Min. von Dresden-Bettendorferstraße, 5 Uhr 25 Min. von Dresden-Neust. abgehen und 8 Uhr 4 Min. in Jittau-Bahnhof ankommen, während er abends Jittau-Bahnhof 10 Uhr 25 Min. verläßt und 11 Uhr nachts in Dresden eintrifft wird.

Verichtigung. Herr Gerich ist nicht Pastor und Archidiakon in Rammz sondern in Wilschdorf.

Ausstellung von Ratsfilber in der Städte-Ausstellung. Das Rathaus diente in früheren Jahrhunderten auch gesellschaftlichen Zwecken. Dies ist der Grund, warum der Rat auch Hausgerät besitzen mußte, als silberne Kannen, gläserne Pokale, auch Zeller, Schüsseln usw. In vielen Städten sind diese Geräte, die zum Teil einen bedeutenden künstlerischen Wert besaßen, in den Zeiten der schweren Not geraubt, verkauft, eingeschmolzen worden. Hier und da aber sind noch einzelne Stücke vorhanden, und neuerdings sehen die Städte ihren Stolz daran, wieder „Ratsfilber“ anzuschaffen. Das älteste derartige Gerät — aus gotischer Zeit — hat die Stadt Jitau ausgestellt: zwei silberne, teils vergoldete Becher, die auf Greifen oder Löwen ruhen, aus dem Ende des 15. Jahrhunderts. Aus dem Dresdner Stadtmuseum sind die wertvollen alten Pokale ausgestellt. Dazu kommt das Kocher Ratsfilber (1900/1901 hergestellt), das reiche Kölner Ratsfilber, das durchweg im altertümlichen Stile, in gotischer Weise von Kölner Goldschmieden verfertigt wurde; aus Elberfeld stammen ähnliche Tafelaufsätze, Kandelaber und Brunkbecher, die ebenso wie die Dortmunder Tafelkuchner von dem Renegott Gabriel Hermeling in Köln herrühren. München hat drei goldene Pokale, mehrere Tafelaufsätze und eine Standuhr geschickt (zum Teil Ehrengeschenke), Bildesheim zwei vergoldete Brunkgefäße (Pokal und Kanne), Dortmund, Halle und Magdeburg ihre Kaiserbecher, Straßburg eine silberne Vase im Empirestil von Jakob Friedrich Kirckstein (geb. 1765 in Straßburg).

Erste und Saatenstand im Königreich Sachsen. Die „Sächs. Landw. Zeitschrift“ berichtet: Die Witterung während der Berichtszeit — 15. Mai bis 15. Juni — war in den ersten Tagen unbeständig und kühl. Im letzten Drittel des Monats trat herrschte dagegen meist heiteres, warmes Wetter vor. Auch der Juni brachte ziemlich beständiges, wenn auch an mehreren Tagen trübes und kühltes Wetter. Im allgemeinen war es etwas zu trocken. Der Winterweizen hat sich gegenüber dem Vormonate noch

mehr erho  
ein mittler  
bei Bestän  
gelitten ha  
und hat be  
eine gute  
haben die  
Witte Log  
sind infol  
blieben; a  
und Senf  
und Gerst  
Eisenwirte  
als nur v  
Lagen no  
aufgehgan  
zum Teil  
mäßiger  
nicht zu  
gewirkt.  
Es ist die  
besser wa  
neu bestel  
pflanzen  
Witwenpla  
das Kupf  
salz gel  
haben sich  
wird sehr  
vorchlich  
jedoch ni  
folge der  
Der Grit  
her gater  
Sch  
Deutschl  
in der  
als in  
Den Au  
heute in  
sich  
Fergoll  
Liden J  
rund 2  
Die Jal  
gelter  
Th  
laufende  
55 im  
semeiter  
18 Neic  
Winterf  
semeiter  
Fr  
ralen  
endgilti  
Lei  
straße  
dukte b  
bedenten  
Stadtl  
2. Juli  
Verber  
gebäude  
im Dor  
schafter  
vor den  
Er ist  
G  
am 1.  
206 91  
Volksz  
W  
des E  
bewilli  
A  
beiden  
von 5  
wurden  
A  
gemein  
Laufsch  
P  
Weidsp  
stuhl e  
A  
ment  
hält  
Junge  
außer  
jezt a  
Franse  
für un  
unter  
ziehen  
schaffen  
Schwi  
P  
fluges  
aus G  
Villa  
und r  
erlitter  
ander  
P  
biefige  
lassen.  
P  
stere  
hören.  
so get  
lasse  
komm  
sel -  
auch  
Freun  
Pant  
nachd  
evang